

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,
Mitglied des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.
19

Erscheint alle 14 Tage. Durch die
Post bezogen monatlich 1 Mk., mal
Teuerungszahl des Börsenvereins
der Buchhändler.

Köln, den 13. September 1923.

Hauptgeschäftsstelle: Benloer
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.
Postfach-Konto Köln 18937.

II.
Jahrg.

Zum Geleit.

O, diese Zeit hat fürchterliche Zeichen!
Das Niedere schwimmt, das Hohe senkt sich nieder,
Als könnte jeder nur vom Blatz des andern
Befriedigung verwor'n'er Wünsche finden,
Nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr
zu unterscheiden wäre, wenn wir alle,
Von einem Strom vermischt, dahingerissen,
Im Ocean uns unbemerkt verlieren.
O! laßt uns widerstehen, laßt uns tapfer,
Was uns und unser Volk erhalten kann,
Mit doppelt neuereinter Kraft erhalten!
Dah! endlich uns des alten Zwists vergessen,
Der Größe gegen Größe reizt, von innen
Das Schiff durchbohrt, das gegen äußere Wellen
Geschlossen kämpfend nur sich halten kann.
Goethe.

Wertbeständige Löhne und Beiträge.

Wie sich bis heute erkennen läßt, werden
alle Versuche, um zu wertbeständigen Löh-
nen zu kommen, nur zu einem Teilerfolge
führen, solange wir nicht zu einer allge-
meinen wertbeständigen Währung kom-
men. Das schließt nun allerdings nicht aus,
daß die Bestrebungen weiter verfolgt wer-
den müssen um schrittweise zu dem gewoll-
ten Ziele zu gelangen. Die gewerkschaftliche
Organisation wird alle ihr noch zur Ver-
fügung stehenden Mittel anwenden müs-
sen, um einen weiteren Verfall der Le-
benshaltung ihrer Mitglieder aufzuhal-
ten.

Nur auf der Grundlage des tariflich ge-
regelten Arbeits- und Dienstvertrages
wird sich dieses erreichen lassen. Nur so
wird der wirtschaftlich Schwächere seinen
Einfluß im Wirtschaftsleben geltend ma-
chen können. Ohne feste Organisation,
ohne einen geschulten Stab von Leitern,
Vorstandsmitgliedern und Vertrauens-
leuten im Verbands würde es heute, im
Zeitalter der Organisation, nicht möglich
sein, auch nur den geringsten Einfluß aus-
zuüben. Man vergegenwärtige sich doch
einmal die unabstreitbare Tatsache, daß
heute der besitzlose Arbeitnehmer viel hilf-
loser seinem Vertragskontrahenten und
den Verhältnissen gegenüber steht, wie ehe-
dem. Wo nun auch noch die Organisation
in ihrem Wirken gelähmt ist, dürften die
Hoffnungen schwinden, jemals wieder zu
besseren Verhältnissen zu kommen.

Wir können uns wenden und drohen wie
wir wollen, wir kommen immer wieder zu
der Erkenntnis, ohne Verband geht es
nicht. Aber auch mit Gewerkschaften, die
gezwungen sind, mit der Hälfte dessen zu
wirtschaften, was sie eigentlich zur Füh-
rung ihrer Geschäfte bedürfen, kommen
wir nicht mehr aus. Es liegt in der Na-

tur der Sache, daß die Verbandsbeiträge,
wenn's gut geht, vom Fälligkeitzeitpunkte
an gerechnet, erst in 14 Tagen bei der
Hauptkasse einkaufsen. In den letzten Wo-
chen waren daher durchweg die Einnah-
men der Gewerkschaften mindestens um die
Hälfte entwertet, als sie einkiefsen.

Wenn nun schon die ursprüngliche Höhe
von einem Stundenlohn nicht erreicht ist,
dann muß als notwendige Folge hiervon
der ganze Apparat nicht klappen.

Die Gewerkschaftspresse, die heute not-
wendiger wie je zur Aufklärung der Mit-
glieder ist, da das Versammlungswesen,
infolge der hohen damit verbundenen Un-
kosten, stark zurückgegangen ist, hat eine
über das zulässige Maß hinausgehende
Einschränkung erfahren. Obgleich die Geld-
entwertung den geschäftlichen Verkehr
wesentlich erschwert hat, viel mehr Berech-
nungen und Umrechnungen haben stattzu-
finden, mußten hauptamtliche Kräfte zur
Einsparung kommen. Manche Streichun-
gen, die an und für sich wertvolle Hilfs-
mittel der gewerkschaftlichen Ziele sind,
mußten eingehen, da keine Mittel mehr
zur Befolgung der notwendigen Kräfte
vorhanden waren. Die vorhandenen
Kräfte sind fast ausschließlich für Lohnver-
handlungen festgelegt.

Wir plaudern nicht aus der Schule,
wenn wir die bekannte Tatsache mitteilen,
daß es im vergangenen Monate nur we-
nige Angestellte der deutschen Gewerkschaf-
ten gegeben hat, die ihren vertraglichen
Lohn pünktlich erhalten haben. So aller-
dings kann die Sache nicht weiter gehen,
wenn seitens der Mitglieder fast über-
menschliches vom Verbands verlangt wird,
ihm aber im nämlichen Augenblicke fast
nur die Hälfte der Mittel zur Verfügung
gestellt wird, die er bei größter Sparsam-
keit zur Erfüllung seiner Aufgaben
braucht.

Wenn es auch nicht möglich ist, dem Ver-
bande „wertbeständige“ Einnahmen, in
dem Sinne zu geben, wie es nur eine
wertbeständige Währung gestattet, so muß
aber zum mindestens dem Verbands eine
Wertbeständigkeit seiner Einnahmen ge-
sichert werden in dem Umfange, wie er
für seine Mitglieder wertbeständige Löhne
herausholt. Die gesundene Lösung dieses
Problems: ein Stundenlohn als Beitrag,
wöchentlich gezahlt und abgeliefert, dürfte
zur Not die unter großen Mühen und
Opfern geschaffenen Gewerkschaften in
ihrer Existenz sichern. Wir dürfen uns
auch bei diesen Dingen durch die großen
Zahlen und vielen Nullen nicht täuschen
lassen. Hier heißt es einfach den näm-
lichen Maßstab anlegen, den wir auch sonst
zu gebrauchen pflegen. Man vergleiche den

Beitrag mit dem Preise für ein Glas Bier,
einem Schnaps, einer Zigarre, einer Stra-
ßenbahnfahrt usw. Nur dann kommen wir
in ein richtiges Verhältnis zu ihm.

Allerdings, ein Teil der Arbeitnehmer
ist allzuleicht geneigt, gegenüber diesen
Tatsachen eine Vogelstrauchpolitik zu trei-
ben. Sie wollen die Wirklichkeit nicht
sehen. Ihnen fehlt der Mut zur Ehrlich-
keit und Wahrheit. Darum ein ständiges
Verstecken hinter die andern. Nun gut.
Wenn die „Anderen“ drohen, in ernster
Zeit fahnenflüchtig zu werden, lassen wir
es ruhig darauf ankommen. Mögen all die
Egoisten und Schmeicheleien, die den Bei-
trag „sparen“ wollen, nur ruhig gehen.
Wenn nur alle Kolleginnen und Kollegen,
die die Notwendigkeit der gewerkschaft-
lichen Organisation erkannt haben, zur
Fahne stehen und die notwendige Opfer-
willigkeit zeigen, werden wir uns wun-
dern, wie gering die Zahl der Indifferen-
ten sein wird. Hier geschäftlicher wie diese
sind die Lauen, die Unentschiedenen, die
sich hinter die Andern zu verschanzten su-
chen. Gerade diese Halb-gewerkschaftler,
diese Unentschlossenen, die nicht ja und nicht
nein sagen können, die ja gerne dabei sein
möchten, sich gerne Gewerkschaftler nen-
nen, aber keine Opfer bringen wollen,
diese sind eine wirkliche Gefahr für eine
aufwärts strebende Standesbewegung.
Die wirklichen Gegner der Organisationen
sind heute viel zu klein an Zahl, um ihren
Bestand und ihre Erfolge ernstlich zu ge-
fährden.

Die Währungstatastrophe.

Der Reichsindex für die Lebenshal-
tungskosten war in der Woche vom 2. bis
8 September auf 1845,261 gestiegen.
Wenn die Ursachen für die ständig zuneh-
mende Entwertung unserer Mark auch
zum guten Teile in dem Umstande zu su-
chen ist, daß Deutschland nur noch Objekt
der Weltpolitik ist, so tragen doch auch die
wirtschaftlichen Zustände in Deutschland
selbst sehr stark zu diesem Elende bei.
Manche Maßnahme der ausländischen
Gegner würde sich nur halb so ungünstig
auf das wirtschaftliche und soziale Leben
auswirken, wenn die deutschen Wirtschaftskreise
sich nur ein klein wenig auf den
eigentlichen Zweck der Wirtschaft besinnen
würden. Wenn jemals der Zweck der
Wirtschaft, Güter zu schaffen um der
Menschheit die Befriedigung der Lebens-
bedürfnisse zu ermöglichen, in das Gegen-
teil verkehrt wurde, dann heutzutage.

Was der heutigen Wirtschaft fehlt, ist
das Gegengewicht zu dem Antriebsmotor;
Gewinn, Verdienst, die Konkurrenz, die

Regulierung des Preises durch Angebot und Nachfrage. Infolge des Verfalls unserer Währung ist die ausländische Konkurrenz fast vollständig ausgeschaltet. Die Verringerung unserer Ernährungs- und Rohstoffbedarfs durch Krieg und Friedensvertrag schuf einen erheblichen Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Dieses dadurch bedingte geringe Angebot ließ die Waren im Preise unermesslich in die Höhe schnellen. Was die Warenknappheit an Konkurrenz zur Regelung des Preises noch übrig ließ, das hoben die Kartelle, Verbände und Preisconventionen auf, so daß heute der Konsument fast schutzlos dem Produzenten und Händler ausgeliefert ist.

Nicht "Freiheit der Wirtschaft" in dem Sinne wie ihn die Industrie und der Großhandel verlangt, sondern gebundene Wirtschaft, Planwirtschaft, nur noch allein kann uns die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden helfen.

Der Industrie, dem Handel und Gewerbe muß es unmöglich gemacht werden, aus dem Valutafeld auf Kosten des Volkes Ertragsgewinne zu machen. Der gesamte Handel mit Devisen, Effekten usw. muß auf das volkswirtschaftlich notwendige Maß beschränkt werden. Insbesondere müssen unsere Auslandsguthaben (Devisen) restlos dem Zwecke der Einfuhr lebenswichtiger Güter nutzbar gemacht werden. Ist es vom volkswirtschaftlichen, nationalen und sozialen Gesichtspunkte aus gesehen nicht ein Skandal, wenn an der Berliner Börse die Mark ständig niedriger bewertet wird, wie im Ausland?

Die letzte Devisenordnung muß daher mit aller Strenge durchgeführt werden. Die Möglichkeit mit ausländischem Gelde erst eine Zeitlang Handel treiben, bevor es dem eigentlichen Zwecke, Bezahlung unserer notwendigen Einfuhr, nutzbar gemacht wird, muß aufhören. Wenn erst die Reichsbank ihre Kredite nur zu dem nämlichen Zinsfuß abgibt, die der Devisenhandel einbringt, wird hier eine Besserung eintreten. Erst wertbeständige Kredite wird Industrie und Handel veranlassen, die Börsenspekulationen in etwa einzuschränken. Mit der Erfassung der Devisen, der Hergabe nur wertbeständiger Kredite hat ein scharfe Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr Hand in Hand zu arbeiten.

Diese Eindämmung des Devisenhandels wird dann auch die Preisgestaltung nach der Richtung hin beeinflussen, daß nicht mehr ausschließlich der Stand des Dollars für die Preisbestimmung maßgebend ist. Heute ist es doch so, daß jeder Krämer, Bauer und Gewerbetreibende, der noch nie ein Auslandsgeschäft gemacht, ja noch nie einen Dollar gesehen hat, seine Preise nach dem Dollarstande festsetzt. Jeder möchte gern an dem Devisenhandel profitieren, auch wenn er nur mit reinen Inlandserzeugnissen zu tun hat.

Notwendig ist weiter eine Kalkulation auf Grund der Produktionskosten. Wenn auch das Reich, bei seiner jetzigen Ohnmacht nicht in der Lage ist, die Wirtschaftskräfte zur Beachtung der volkswirtschaftlich richtigen Gesetze zu zwingen, so kann es doch die Gewinne aus all den zweifelhaften Geschäften fast restlos wegsteuern, mit der ja die neuen Steuern einen Anfang gemacht haben.

Diese neuen Steuern mögen von manchem drückend empfunden werden. Wesentlich wird auch der laufende Gewinn nicht ausreichen, sie zu decken. Aber

ist es denn so schlimm, wenn auch jene bedrückenden Kreise, die über Krieg, Revolution und Währungsverfall hinweg ihr Vermögen gerettet und teilweise noch erheblich vermehrt haben, nun auch zur Rettung des ganzen Volkes dieses angreifen müssen. Rücksichtslosigkeit gegenüber jedem Sabotageversuch muß die Durchführung der Steuergesetze auszeichnen. Nur so wird es möglich sein, den Reichshaushalt in etwa in Ordnung zu bringen. Ohne diese Ordnung gibt es eben keine wertbeständige Währung und keine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Gefahr der Rabotierung besteht tatsächlich in hohem Maße. Bei den jetzigen Preisen ist die Kaufkraft der breiten deutschen Bevölkerungsschichten erschöpft. Eine Abwälzung der neuen Steuern auf die Konsumenten wird von diesen durch den Käuferstreik beantwortet werden. Nicht weil sie keinen Bedarf mehr hätten, sondern weil die Kaufkraft ihres Einkommens noch kaum ausreicht, um die aller- notwendigsten Bedürfnisse zu bestreiten. Schon heute wird von Stilllegungen und Einschränkungen der Betriebe berichtet,

Der Weiterbestand der Gewerkschaften

hat heute drei Voraussetzungen:

1. Der wöchentliche Beitrag ist gleich einem durchschnittlichen Stundenlohn.
2. Die Einnahmen des Verbandes müssen möglichst wertbeständig sein, das heißt, der Beitrag muß wöchentlich geleistet werden.
3. Die eingegangenen Gelder sind jede Woche der Hauptkasse einzuliefern.

Nur wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, wird sich die Arbeitnehmerschaft ihre einzige Waffe im Kampfe um ihr Recht und ihren sozialen Aufstieg erhalten.

weil dieses Unternehmertum nicht geneigt und nicht gewillt ist, die erhöhte Belastung durch technische Steuerungen und Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe herauszuwickeln. In letzter Linie sollen aber die Devisenordnung, die Goldanleihe und neuen Steuern den einen Zweck verfolgen, wieder eine vernünftige Kalkulation ins deutsche Wirtschaftsleben einzuführen und alle jene Elemente ausmerzen helfen, die es immer noch verstehen zu leben ohne produktive Arbeit zu leisten.

Nur wenn der Spekulationsgeist zurückgedrängt, ein Erfolg, ein Gewinn nur der ernstlichen Arbeit winkt, kann auf eine Gesundung gehofft werden.

Aber auch nur unter dieser Voraussetzung kann sich das soziale und wirtschaftliche Los der Arbeitnehmer bessern. Es wäre ein Selbstbetrug, wenn wir glauben wollten, eine Erhöhung des Reallohnes, oder auch nur die Erhaltung der Kaufkraft des jetzigen Lohnes ließe sich erzielen mit einer künstlichen Methode, wie sie sich mancher in Form von "Goldlöhnen", oder auch "wertbeständigen Löhnen" vorstellt. Alle Berechnungen nach den Indizes können immer nur dem vergangenen Rechnung tragen, nicht aber dem, was die nächsten Wochen bringen können. Was nützt es dem Arbeitnehmer, wenn sein Lohn nach der Teuerung der vergangenen Woche gezahlt wird, wenn er Anschaffungen machen

muß, wie Bekleidungsstücke, Bettzeug usw. die mehr kosten, als was er wöchentlich für diesen Zweck ausgeben kann. Ein Zurücklegen, ein Sparen während mehrerer Wochen hat keinen Zweck, da ihm die Rücklagen ja in der Hand verschwinden. Selbst eine Vorauszahlung des Lohnes würde diesem Mangel nicht abhelfen, da der Spekulationsgeist auch diesen Umstand sofort bei der Preisberechnung in Betracht ziehen würde. Oder glaubt man, daß die Vorauszahlung der Beamtengehälter für drei Monate, am 1. Juli ohne Einfluß auf die Preisgestaltung gewesen?

Hier kann nur eine große Aktion, die das Uebel an die Wurzel faßt, Besserung schaffen.

Ein Anfang hierfür ist durch die neue Regierung gemacht. Gesetzliche Maßnahmen allein genügen aber nicht. Der Wille des Gesetzgebers muß vom Willen der Bevölkerung getragen werden. Und da versagt auch die Arbeiterschaft zum guten Teile. Auch in unseren Kreisen finden wir eine Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge, die nicht nur kräftlich, sondern auch polizeiwidrig dumm ist.

Jedem hergelaufenen Hanswurste, der es nur versteht, der Leidenschaft zu schmeicheln, läuft die Masse nach. Die Erfolge der kommunistischen Agitatoren, dieses plan- und ziellose Nachtröteln hinter kommunistische Schlagworte her, stellt der Arbeitnehmerschaft gerade kein rühmliches Zeugnis aus. Der letzte verfrachtete Generalkstreik, die sich daran anschließende passive Resistenz haben ohne Zweifel der Wirtschaft und der gesamten Arbeitnehmerschaft in wochenlangender Arbeit wieder gut machen können. Das Schicksal der Berliner Straßenbahnen, zu dessen Ruin die radikalen Worthelden gewiß ihr gut Teil beigetragen haben, sollte doch zu denken geben.

Aber nicht nur Ablehnung sämtlicher Saboteure einer Gesundung unserer Währung muß von der Kollegenschaft verlangt werden sondern auch positive Unterstützung der aufbauenden Kräfte. Als solche erweisen sich die Gewerkschaften von Tag zu Tag immer mehr. Deshalb hinweg mit der Gleichgültigkeit ihnen gegenüber. Diese positive Unterstützung ist heute um so notwendiger, weil gerade die Gewerkschaften an erster Stelle unter dem Verfall unserer Währung zu leiden haben. Auf die Dauer werden auch sie der Geldentwertung erliegen müssen, und damit als aufbauender Faktor ausfallen, wenn nicht die Mitglieder durch pünktliche allwöchentliche Leistung eines Beitrages in Höhe eines Stundenlohnes selbst ihrem Verbands geben, was sie von der Wirtschaft verlangen, wenigstens Wertbeständigkeit ihres Einkommens.

Noch ist es Zeit, noch ist die Möglichkeit gegeben zu einer Gesundung zu kommen. Vielleicht in einigen Wochen schon zu spät.

Nichtlinien für Lohnabkommen.

Die Vorstände der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben jetzt die seit einigen Wochen geführten Verhandlungen über die Lohnfrage abgeschlossen und den Entwurf der Richtlinien zum Lohnproblem nun in folgender endgültiger Fassung genehmigt:

1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnbeträge in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn und Multiplikator und ist bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten monatlich oder Debitenweise zu berechnen.

2. Für einen Zeitraum von vier bis acht Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die betreffende Tarifperiode konstant. In ihm drückt sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftsprüfung aus.

3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Kleinhandelspreise) gefundene Mehrzahl verwendet werden, da lediglich die im Kleinhandel zu zahlenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bestimmend für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarkurs oder die Großhandelsmehrzahl sind hierfür ungeeignet.

Die Wahl der Mehrzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstarifverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Gebiete wird man die Reichsindexzahl des Statistischen Reichsamts oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder bezirklichen Verschiedenheiten (Ortsklassen) bei der Bemessung des Grundlohnes erfolgen kann.

Bei örtlichen oder bezirklichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamts errechneten Indexzahl für den Ort bzw. den Bezirk oder einer nach ähnlichen Grundsätzen wie denen des Statistischen Reichsamts aufgebauten Mehrzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitig anerkannter Autorität. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglichst eine einheitliche Mehrzahl Anwendung findet.

4. Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden:

- a) die Lohnwoche, d. h. die Woche, für die der Lohn verdient wird;
- b) den Festsetzungstag der Mehrzahl und den Festsetzungstag des Lohnes. Letzterer wird zweckmäßigerweise möglichst mit dem ersteren zusammengelegt;
- c) der Auszahlungstag;
- d) die Verbrauchswoche.

5. Grundsätzlich muß für die Bemessung der Lohnhöhe der Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geldwerts, ohne allzu große Fehler zu begehen, den Festsetzungstag der Mehrzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können. In Zeiten harter Geldentwertung muß jedoch dieser Fehler ein nicht erträgliches Abfinden des Reallohnes zur Folge haben, so daß man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung außer der Mehrzahl des Feststellungstages auch noch die zu erwartenden Steigerungen der Mehrzahl der Verbrauchswoche vorzuschätzen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausschätzung kann die Bewegung des Dollarkurses und der Großhandelspreise geben.

6. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Mehrzahl für die Verbrauchswoche vorliegt. Ergibt sich alsdann, daß ein Zuwenig oder ein Zuviel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der

nächsten wöchentlichen oder in Debiten erfolgenden Lohn- oder Gehaltsberechnung hinzugefügt bzw. abgezogen wird. Zur Vereinfachung der Lohn- und Gehaltsberechnungen wird dieser Differenzbetrag mit der neu ermittelten bzw. abgeschätzten Lohn- und Gehaltssumme zu einem einzigen Betrage vereinigt.

Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbureaus neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß Wochen- oder Debitenzahlung der richtige Weg ist, und daß in Zeiten starker Geldentwertung durch die oben dargelegte Vorausschätzung ein Gegengewicht gegen die Geldentwertung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B. in den ersten Wochen des August 1923 eintraten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Ubergangszeit bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden wertbeständigen Zahlungsmittels dienen. Die Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung mit dem Währungs- und dem Produktionsproblem endgültig gelöst werden kann. Deshalb haben sie einen lohnpolitischen Ausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, das Lohnproblem weiterhin zu erörtern.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Minderung der Lohnsteuer.

Am 1. September sind die neuen Bestimmungen in Kraft getreten, durch die eine Anpassung des Steuerabzuges an die Geldentwertung stattfinden soll. Hiernach ermäßigt sich die 10. vom Hundert des Lohnes betragende Steuersumme um:

	p. Monat	p. Woche	p. Tag
1. für den Arbeitnehmer selbst und seine Ehefrau je	360 000	86 400	14 400
2. für jedes minderjährige Kind	2 400 000	576 000	96 000
3. Werbungskosten	3 000 000	720 000	120 000

Demnach bleibt steuerfrei ein Monatseinkommen von:

33 600 000 M für den Ledigen
37 200 000 M für den Verheir. ohne Kinder
61 200 000 M für den Verheir. mit 1 Kind
85 200 000 M für den Verheir. mit 2 Kind.
109 200 000 M für den Verheir. mit 3 Kind.
133 200 000 M für den Verheir. mit 4 Kind.
157 200 000 M für den Verheir. mit 5 Kind.
181 200 000 M für den Verheir. mit 6 Kind.

Erstreckende Zahlen. Die Zeitungspapierpreise stellten sich für 10 000 kg wie folgt:

Im Juli 1914	2 000 M
„ Januar 1922	70 000 M
„ Juli 1922	200 000 M
„ Januar 1923	5 600 000 M
„ April 1923	14 000 000 M
„ Mai 1923	15 500 000 M
„ Juni 1923	25 500 000 M
„ Juli 1923	74 000 000 M
„ August 1923	1 010 000 000 M

Die Auswirkung dieser Teuerung zeigt sich auch in den Kosten unserer Verbandsorgane. Die am 8. August erschienene Nummer 16 kostete dem Verbandsrat an Drucklegung, Verpackung und Versandt 82 775 000 M, dagegen die 4 Wochen später, am 31. August erschienene Nr. 18 nicht weniger wie 525 450 000 M. Eine Verteuerung in vier Wochen um 534 Prozent oder das 5 1/4fache. Entsprechend diesen Ausgaben sind die Einnahmen des Verbandes nun leider nicht gestiegen. Jedes einzelne Zeitungsexemplar kommt jetzt auf 15 685 M zu stehen.

Größte Sparamkeit ist daher unbedingt notwendig. Jede Ortsgruppe, die nur 10 Exemplare mehr wie notwendig bezieht, schädigt den Verband alle 14 Tage um 150 000 M.

Arbeiterbewegung.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Freie Gewerkschaft) steht sich infolge der Geldentwertung gezwungen, einerseits verschiedene Sparmaßnahmen zu ergreifen und andererseits seine Einnahmen „wertbeständiger“ zu gestalten. Wie „Die Gewerkschaft“ in ihrer letzten Nummer vom 31. August mitteilt, hat der Verbandsvorstand und -beirat beschloffen in seinem Hauptbüro eine erhebliche Anzahl von Personalkündigungen vorzunehmen. „Die Gewerkschaft“ soll nur noch 14-tägig vierseitig, „Die Sanitätswarte“ monatlich, ebenfalls vierseitig und die „Beamten-Gewerkschaft“ monatlich zweifach erscheinen. An Beitrag soll ein durchschnittlicher Stundenlohn gezahlt werden. Der für die jeweilige Woche gültige Satz wird durch die Gauleiter für ihren Bezirk festgesetzt und bekanntgegeben. Für die 35. und 36. Woche, das ist die Zeit vom 28. August bis 8. September, wird ein doppelter Beitrag erhoben. Rückständige Beiträge können nur mit dem am Tage der Zahlung geltenden Wochenbeitrag nachgezahlt werden.

Die Arbeiter, die ich rief...

Der Vorwärts veröffentlicht folgende Beschriftung:

„Proletarische Hundertkaster“ im Kabelewerk Oberspreewitz. Daß die sogenannten „Proletarischen Hundertkaster“ nicht allein gegen die Faschisten, sondern gegen Andersgestimmte überhaupt sich „sehr gut bewähren“, wahrscheinlich auch zu dem Zwecke gegründet wurden, um dem politischen Kampf handgreiflicher Nachdruck zu geben, dafür ist der Beweis wie in anderen Betrieben auch im Kabelewerk Oberspreewitz erbracht. Nur mit dem Unterschiede, daß die Hundertkaster hier von der Direktion noch für Aufrechterhaltung der Ordnung ein Lob besamen und daß die Kommunisten auf dem Hofe des Betriebes ungeniert zur Auffstellung von Hundertkaster auffordern können, den sie dann besetzen und arbeitende Abteilungen gewaltfam zur Betriebsversammlung heranziehen. Das geschieht dann mit Eisenstangen, Kabeleisen, Stöcken und sogar Messern. Die Andersgestimmten dürfen aber beileibe nicht etwa in der erzwungenen Betriebsversammlung ihre Meinung äußern; wir würden sicherlich nicht nur heruntergeschrien, sondern auch verprügelt werden. Die Führer der WSK werden sogar außerhalb des Betriebes mit Totschlag bedroht. Während der letzten Betriebsversammlung am 15. Aug. wurden die Angestellten aus den Bureaus geholt und einige Betriebsleiter verprügelt; von dem, was die Arbeitkollegen auszuhalten hatten, gar nicht zu reden. Es war die reine Bartholomäusnacht. Unseren Genossen, die alle eine langjährige politische Erziehung hinter sich haben, kam diese Kampfweise völlig unerwartet und unvorhergesehen, auch kränkt sich ihr Gefühl gegen eine derartige Verwilderung des Kampfes der Arbeitsbrüder untereinander. Daß aber in Zukunft die Angreifer gehörig heimgeschickt werden, dafür ist gesorgt. Es werden eben Abwehrformationen bilden.“

Beamtenfragen.

Die Beamtenbezüge ab 1. 9. gestalten sich wie folgt:

1. Allgemeiner prozentualer Teuerungszuschlag 38 840 Prozent.
2. Frauenzulage 20 Millionen.
3. Nachtzulage 75 000 Mark pro Stunde.
4. Befähigungszulage 12 Millionen.

5. Bel. Kindergeld 24 Millionen.

6. Die britischen Sonderzulagen erhöhen sich wie folgt:

1936: 136 478 618 1158 1432 1772 2112 2454 2794 3376 4020
1937: 136 1362 2336 3310 4088 5062 6036 7010 7982 9950 11488

Das Gesamtergebnis bedeutet eine Steigerung um 186 Prozent. Außerdem erhalten im besetzten und Einbruchgebiet vom 1. September ab alle Beamte bis auf weiteres eine außerordentliche Zulage von 10 v. H. vom Gesamteinkommen. Dieser Zuschlag wird mit den Gehaltssteuern, zu denen er gewährt wird und für den gleichen Zeitraum wie diese gezahlt. Diese Regelung gilt entsprechend für die Pensionäre, Witwen und Waisen, für die Ärzte und Apotheker bei der Reichsverwaltung sowie für die Krankenanstalten bei der Reichsverwaltung.

Begewärter.

Die Lohnzahlungen im Hildesheimer Bezirke.

Die Nr. 34 der „Gewerkschaft“ brachte einen Artikel über „Entschädigung für Geldentwertung bei verspäteter Vorschusszahlung“, in welchem sich der hiesige Filialvorsitzende R. einmal wieder als der allein „rettende Engel“ hervorhat. Zur Klarstellung diene folgendes: Schon in Nr. 16 unseres Organs wurde dargelegt, daß die Art der bisherigen Lohnzahlungen an die Kollegen Begewärter ein Gegenstand erster Sorge für die Organisationen sei und auf unseren Antrag hin wurde eine zweimalige Zahlung des Lohnes vereinbart. Leider muß festgestellt werden, daß diese Abmachungen von einigen Kreisen nicht beachtet wurden. Sofort hat unser Verband alles getan, um diesen Mißstand zu beseitigen. Zum Teil lag die verspätete Auszahlung auch an den bösen Umständen. Zeitig abgeforderte Lohnrollen kamen 10 Tage später an. Einzelne Postämter, wie Sarstedt, haben die Auszahlung acht Tage lang verzögert infolge Fehlens von Barmitteln. Für die wirklich säumigen Kreise sollte die Bezirkschiedsstelle angerufen werden, um von einer Stelle aus die Entscheidung herbeizuführen. Diese Aufgabe teilte der Gauleiter des freien Verbandes ebenfalls. Die in dem Artikel dem Unterzeichneten zugeschobene Äußerung ist völlig verdrängt, da von mir nur die Zweckmäßigkeit, von einer Stelle aus die Angelegenheit zu regeln, betont wurde. Es ist somit von uns aus alles geschehen, um die Kollegen pünktlich in den Besitz ihres Lohnes zu bringen. Die Oberpostdirektion ist ersucht worden, Maßnahmen zu treffen, daß fällige Lohnzahlungen pünktlich zur Auszahlung kommen können.

Bemerkenswert ist noch, daß der sozialistische Landrat des Kreises Gronau Einspruch gegen den Vergleich erhoben hat. Vielleicht hat dieser Herr auch die Meinung, daß die örtliche Schiedsstelle nicht zuständig sei. Stahl.

Bermischtes.

Die Krise der deutschen Volksernährung. (Notruf an den Reichsminister.) In einem uns zur Verfügung gestellten persönlichen Schreiben an den Reichsminister, das angesichts der diktatorischen Wirtschaftsmahnahmen der neuen Regierung besondere Beachtung verdient, fordert der Direktor des Reichsverbandes der bäuerlichen Mütter- und Säuglingsheime Deutschlands, Lic. Erjurtz-Eberfeld, eine

rasche und unmissverständliche Stellungnahme zu einem Verbot der Verwendung irgend welcher Nahrungsmittel zur Alkoholgewinnung. Er weist hin auf die Bereiterklärung der Gewerkschaften, in ein Alkoholverbot zu willigen, auf das öffentliche Schreiben der führenden deutschen Ärzte gegen den Alkohol, auf die Tatsache, daß das deutsche Volk im Jahre 1922 für 194 Milliarden Alkohol verkrumten hat. Von Fremden Nährmittel für Deutschlands notleidenden Kinder anzunehmen, so lange unser Volk die Möglichkeit hat selbst zu sorgen, heiße als ein „unordentlicher Bettler“ handeln. Daß ein Volksbegehren sich gegen Verwendung von Nahrungsmitteln zu Alkohol aussprechen würde, erscheine bei der Haltung der deutschen Jugend aller Parteien, die überwiegend alkoholfrei ist, der Frauen, des deutschen Arbeiters, der weiß, daß ohne Aufgabe des Achtstundentags durch ein solches Verbot mehr wirklich produziert würde als durch alle anderen vorgeschlagenen produktionssteigernden Mittel, nicht zweifelhaft. „In der Zeit schwerster Ernährungsnot — damit schließen die von dem furchtbaren Ernst der Stunde durchdrungenen Darlegungen — sollen die Ergebnisse unseres Bodens, zu dessen Verteidigung mehr als 2 Millionen Männer und Brüder fielen, den Müttern und Kindern zur Nahrung werden, aber nicht „Männern“, die von der Genußsucht oder Gewohnheit gebunden sind“.

Büchertisch.

Arbeitsunterricht und Staatsbürgerliche Erziehung geschichtlich, grundrisslich und praktisch betrachtet. Von Johann Joseph Wolff, Schulrat in Bergheim. gr. 8° (VIII u. 116 S.). Freiburg i. Br. 1923. Herder. Geb. G 2.20. G = Grundzahl, mal Schlüsselzahl = Verlags-Marktpreis.

Arbeitsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung sind Schlagworte unserer Tage, hinter denen sich schwere und bedeutungsvolle Aufgaben der Volksbildung verbergen. Die Schrift weist die geschichtlichen Zusammenhänge nach, arbeitet scharf das Wesen der Fragen heraus und macht einen kräftigen Schnitt zwischen dem Notwendigen und Möglichen und der Vertiefung mancher Forderungen, die die Zeitverbesserer unserer Tage mit lauter Geschäftigkeit verkündigen.

Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. Von Victor Cathrein 14.—16. Auflage. (30.—35. Tausend). 8° (XII u. 358 S.). Freiburg i. Br. 1923. Herder. Geb. G 8.50, mal Schlüsselzahl = Verlags-Marktpreis.

Das Cathrein'sche Werk ist noch immer die beste Darlegung und gründlichste Widerlegung des Sozialismus. Dafür zeugt die hohe Auflage und die Tatsache, daß es bereits in 10 fremde Sprachen überetzt worden. A. Bei der neuen Auflage ist insbesondere die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis auf die Gegenwart weitergeführt worden. Für denjenigen, der leicht in die sozialistische Gedankenwelt eindringen will, ist dieses Werk der zuverlässigste Führer.

Wie wehret ich mich gegen Kündigung oder Entlassung?

Unter diesem Titel hat der Christliche Gewerkschaftsverlag eine Schrift herausgegeben, die kurz die Hauptbestimmungen darlegt, die ein Arbeiter zu berücksichtigen hat, wenn er gegen seine Kündigung oder Entlassung Stellung nehmen will. Das Buch kann gerade in der jetzigen Zeit jedem Arbeiter, insbesondere jedem Gewerkschaftsfunktionär, jedem Beirater der Schlichtungsausschüsse, Gewerbevereine usw. infolge seiner sehr eingehenden und doch gemeinverständlichen Art der Darstellung unschätzbare Dienste leisten. — Preis Grund-

zahl A. 0.30, vervielfacht mit der jeweiligen Schlüsselzahl des Börsenvereins Deutscher Buchhändler ergibt den Tagespreis.

Aus den Bezirken und Ortsgruppen.

Passau. Zu unserer letzten Monatsversammlung waren auch die Mitglieder des freien Verbandes eingeladen und erschienen. Bezirksleiter Kollege Weixler berichtete über die neue Teuerungswelle und ihre Folgen. Er erläuterte die Ursachen derselben, die zu bannen alle Maßnahmen der Regierung nicht imstande waren. Einer wahnwitzigen Teuerung folgte eine große Knappheit an Zahlungsmitteln. Dazu kam für die Gemeindearbeiter, daß ihre Löhne in Bayern halbmonatlich wie jene der Beamten, festgesetzt werden. Wenn auch der L. A. B. es unterließ, nach der amtlichen Festsetzung der Reichsarbeiterlöhne die Mitgliedsstädte anzuweisen, einen entsprechenden Vorschuss auszugeben, so wäre es doch ihre moralische Pflicht gewesen, dies zu tun, um die unter den Gemeindearbeitern bereits aufgetretene Erregung und Erbitterung einzudämmen. Nach dem am 21. August in Augsburg stattgefundenen Verhandlungen sind die Städte verpflichtet, für die Zeit vom 1. bis 16. August die vereinbarten Mehrumlöhne nachzahlen. Um Zustände, wie sie in der ersten Augusthälfte eintraten, nicht zu wiederholen, habe der L. A. B. mit den Vertretern der Verbände vereinbart, daß für die Folge die Gemeindearbeiter stets Vorschüsse in runden Beträgen erhalten sollen, sobald die neuen Löhne der Reichsarbeiter amtlich festgestellt sind. Redner teilte ferner mit, daß die Frauenzulagen fernerhin in gleicher Voraussetzung und Höhe wie jene für Reichsarbeiter bezahlt werden. Ebenfalls sollen die Bezüge der pensionierten Gemeindearbeiter der Teuerung entsprechend angepaßt werden. Der Redner ermahnt die Versammelten, trotz der Not und Beschwernisse in der gegenwärtigen Zeit nur den Anweisungen der Gewerkschaftsführer Rechnung zu tragen.

An Verbandsbeitrag ist in Zukunft der den jeweiligen Wochenlöhne entsprechende Lohnsatz gemäße zu leisten, auch wenn darüber kein besonderer Versammlungsbeschluss der Ortsgruppe vorliegt.

Verbandsnachrichten.

In der Zeit vom 16. bis 22. September ist der 38. Wochenbeitrag, in Höhe eines Stundenlohnes, der in dieser Woche durchschnittlich verdient ist, zu leisten.

An die Ortsgruppenvorstände.

Die Tageszeitung „Der Deutsche“ betreffend.

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend ersucht, ihren Bezirksleitern, oder der Hauptgeschäftsstelle in Köln, umgehend die genaue Adresse der Abonnenten anzugeben.

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Theodor Boel, Düsseldorf	16. 8. 23
Jacob Schneider, Siegen	20. 8. 23
Joh. Schlüsler, Köln	21. 8. 23
Joh. Krautkrämer, Vöppard	26. 8. 23

Gehet ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Glasmann, Köln, Venloerwall 9
Druckerei: d. Volksrecht-Verlags, Köln, Domstr. 6.